

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtpostkonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 25 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einbezug 1 Mark. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufskarte von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. H. Dr. Friedrich Klauber in Dresden.

Nr. 131

Dresden, Donnerstag, 7. Juni

1928

Steinwürfe auf die Berliner italienische Botschaft.

Berlin, 7. Juni.

Während im Laufe der italienischen Botschaft in der Bismarckstraße von unbekannten Personen, die in einem Auto vorfahren, fünf Fenster eingeschlagen wurden. Die Botschaft ist sofort gesichert worden. Die Ermittlungen sind eingeleitet.

Die Ermittlungen ergaben bisher folgendes: Gegen 1/2 22 Uhr kam ein Privatwagen, in dem sechs bis sieben junge Männer von südlichem Typus saßen, vom Tiergarten her und hielt vor dem Botschaftsgebäude. Im selben Augenblick sprangen die Insassen des Autos heraus und warfen mitgebrachte Steine gegen die Fenster des Botschaftsgebäudes, worauf das Auto davonfuhr. Nach der Behandlung eines Passanten soll sich auch eine Gruppe von fremdländischen Fußgänger, ähnlich mit grünen Hemden bekleidet, an den Steinwürfen beteiligt haben. Auch die Fußgänger entfernten sich eilig in der Richtung nach dem Tiergarten, so daß die inzwischen benachrichtigte Polizei keine Feststellungen treffen konnte. Insgesamt wurden fünf Fenster eingeschlagen.

Der Reichswirtschaftsrat und die Novelle zum gewerblichen Rechtsschutz.

Berlin, 7. Juni.

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat gestern die Novelle zum Gesetz über gewerblichen Rechtsschutz im Prinzip angenommen, hat aber einzelne Abänderungsvorschläge gemacht, u. a. soll, wenn die Erfindung in einem Betriebe gemacht und auf bestimmte Personen als Erfinder nicht zurückzuführen ist, derjenige als Erfinder angesehen werden, bei dessen Rechnung der Betrieb verwaltet wird. Weitere Abänderungsvorschläge beziehen sich auf das Verfahren vor dem Patentamt. Auf Beschluß einer Abteilung oder auf Antrag einer Partei soll bei der Beschlußfassung ein der Patentabteilung angehörendes rechtskundiges Mitglied mitwirken. Ferner wurde die Schaffung einer dritten Instanz im Erteilungsverfahren und deren Angliederung an das Reichsgericht beschlossen. Einmütig angenommen wurden Entschlüsse, wonach dem Reichspatentamt die Stellung einer oberen Reichsbehörde eingeräumt werden soll. Patentanwälte sollen zur Vertretung in allen Streitigkeiten über gewerbliche Rechtsschutz zugelassen werden. Die Gebühren sollen wie folgt bemessen werden: Bei Anmeldung zum Erteilungsverfahren 15 Mark, nach dem ersten Vorbescheid 10 Mark. Die Jahresgebühren sollen betragen für das 1. bis 6. Jahr 10 Mark, für das 7. bis 12. Jahr 50 Mark, und für das 13. bis 18. Jahr 100 Mark. Für das Erteilungsverfahren sollen 20 Mark Gebühren erhoben werden. Für den Gebrauchsmusterrecht soll jedes Jahr der Schutzfrist 10 Mark. Sofern die Kosten des Patentamtes durch diese Gebühren nicht voll gedeckt werden, sollen die Gebührensätze entsprechend erhöht werden.

Der Kongreß der Fédération Internationale des Journalistes.

Dien, 7. Juni.

Zer gestrige zweite Verhandlungstag wurde mit einem Bericht über die Propagandatätigkeit der F. I. J. eröffnet. Von europäischen Ländern siehe der Eintritt Ungarns bevor, so daß nur noch Portugal übrigbleibe. Die Propaganda müsse sich jetzt hauptsächlich auf den Beitritt der zu angebauten Organisationen Nordamerikas richten. Einen weiteren Punkt bilde die Frage einer Untersuchung über die soziale Lage und die Arbeitsbedingungen sowie den Arbeitsvertrag des Journalisten. Hierzu berichtete Richter, Berlin, für Deutschland, daß das Durchschnittsgehalt des deutschen Redakteurs (allerdings einschließlich der offiziellen Bezüge vieler Chefredakteure) 600 Mark monatlich betrage. 63 Proz. der deutschen Journa-

Vor der Klärung der innerpolitischen Lage.

Die Sozialdemokratie übernimmt die Führung bei der Regierungsbildung.

Dien, 7. Juni.

Der sozialdemokratische Parteiausschuss, der gestern in Wien tagte, sahle nach mehrstündiger Beratung folgenden Beschlus: „In dem Ergebnis der Reichstagswahlen hat das deutsche Volk den Willen bekundet, daß die Sozialdemokratie die Führung der Regierungsbildung übernimmt. Der Parteiausschuss erklärt sich damit einverstanden, daß die Faktion die notwendigen Verhandlungen hierfür einleitet.“

Aber die Kölner Beisitzer teilte der „Sozialdemokratische Pressebericht“ u. a. noch mit: Der Parteiausschuss verzichte darauf, seinen erwählten Führer irgendwelche Bindungen mit auf den Weg zu geben. Er verzichte ebenso einmütig auf die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag, und wenn Hermann Müller am Sonnabend vormittag dem Rufe des Reichspräsidenten zur Erörterung der politischen Lage folgt, so geschieht dies ohne gebundene Marschroute. Der Beschlus auf eine gebundene Marschroute bedeutet für die Sozialdemokratie natürlich zunächst nicht, daß sie ohne Voraussetzungen zu einer Koalitionsgemeinschaft mit anderen Parteien bereit ist. Es werden Erörterungen notwendig sein über die Frage der Arbeitszeit, der Reichswehr, der Wahlreform, der Amnestie und viele andere Dinge. Ihr Ergebnis wird zeigen, ob letzten Endes ein gemeinsames Regierungsprogramm möglich ist und ob die Aussicht besteht, auf lange Sicht zu regieren. Aus diesem Programm muß unseres Erachtens klar und deutlich hervorgehen, daß ein neuer Kurs eingeschlagen wird und sich im Vergleich zu dem, was gestern war, tatsächlich etwas geändert hat und für die Zukunft noch vieles ändern soll. An einer Regierung, die von vornherein aus nur zum geringsten Teile einen baldigen Zerfall in sich tragen würde, hat die Sozialdemokratie kein Interesse. Wie sich die Verhandlungen der Parteiführer im einzelnen gestalten und entwickeln werden, ist noch völlig unbestimmt. Weder über die parlamentarische Basis der neuen Regierung, noch über deren personelle Zusammensetzung steht im Augenblick etwas fest. Immerhin ist für die Sozialdemokratie die große Koalition keineswegs die einzig gegebene Lösung. Auch der sozialdemokratische Parteiausschuss hat seinen Augenblick daran gedacht, sich für die große Koalition festzulegen. Wir werden im gegebenen Augenblick alle Möglichkeiten einer Regierungsbildung sorgfältig prüfen und unsere Entscheidung davon abhängig machen, ob es möglich ist, dem am 20. Mai zum Ausdruck gekommenen Willen der Wählerschaft in ausreichendem Maße zu entsprechen oder nicht.

Nach der gestrigen Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses in Wien ist der Weg für die offiziellen Besprechungen über die Regierungsbildung freigelegt, die morgen mit dem Empfang der Parteiführer durch den Reichspräsidenten ihren Anfang nehmen. Das Problem hätten Unübersichtlichkeit, 22 Proz. höhere und 15 Proz. Volkshausbildung.

In den Nachmittagsverhandlungen der F. I. J. wurde ein Bericht des Generalsekretärs entgegengenommen, der sich mit dem Verhältnis der F. I. J. zur Völkerverbundkommission für geistige Zusammenarbeit befaßt, und ein weiterer, der die Gemeinschaftsarbeit mit der Internationalen Union der Presseverbände betrifft. Hierauf folgte der Bericht über die finanzielle Lage der Fédération. Der Bericht des Vorsitzenden der Internationalen Presserechtskommission, Dr. Gänsschel, stellt mit Genugtuung fest, daß nunmehr das Urheberrecht aller Staaten, die ein solches besitzen, von der Kommission

der Besetzung des Reichsfinanzlerpostens wird voraussichtlich gelöst werden, daß der Führer der Sozialdemokratie Müller-Tranlen zum Reichsfinanzler ernannt wird. Bisher bestand in sozialdemokratischen Kreisen eine starke Abneigung gegen diese Lösung, da man ihn der politischen Führung der Partei erhalten wollte und die Hoffnung nicht aufgab, daß sich der preussische Ministerpräsident Braun noch bereitfinden würde, sein bisheriges Amt mit dem Reichsfinanzleramt zu vertauschen. Braun hat aber, wie wir erfahren, in einer nochmaligen Besprechung der sozialdemokratischen Führer gestern endgültig abgelehnt. Da auch der frühere preussische Innenminister Everding das Amt des Reichsfinanzlers dem Reichsfinanzleramt vorzieht, wird der sozialdemokratischen Faktion nichts anderes übrigbleiben, als der Kandidatur Müller-Tranlen ihre Zustimmung zu geben. Man rechnet damit, daß eine Einigung zwischen den Sozialdemokraten und den Parteien der bürgerlichen Mitte bis zum 12. Juni zustande kommen wird. Für die Besetzung der wichtigsten Reichsämter werden jetzt folgende Namen genannt: Reichsfinanzler Müller-Tranlen, Reichsinnenminister Everding, Außenminister Stresemann, Reichswehrminister Groener. Die Sozialdemokraten verlangen außerdem noch zwei weitere Ministerposten. Schwereigkeiten dürften die Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten und Demokraten über das Portfeuille des Reichsfinanzministers begünstigen. Die Demokraten haben für diesen Posten den früheren Reichsfinanzminister Reinhold vorgezogen. Die Sozialdemokraten wünschen aber dieses Amt mit ihrem Finanzfachmann Hilferding zu besetzen. Für die Stelle des Reichswirtschaftsministers dürfte auch weiterhin Dr. Curtius in Betracht kommen, obwohl die Sozialdemokratie auch hier einen Gegenkandidaten in der Person des Vorsitzenden des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Leipziger vorgezogen hat. Sie dürfte aber auf dieser Kandidatur nicht weiter bestehen. Dagegen verlangen die Sozialdemokraten energisch das Justizministerium für sich, für das der Abgeordnete Reichsanwalt Landberg in Aussicht genommen ist. Das Reichsverkehrsministerium dürfte dem Zentrum zufallen. Von Zentrumskandidaten für Ministerposten werden Abgeordneter v. Gunder und der bisherige Reichsarbeitsminister Dr. Braun genannt.

Bemerkenswert ist, daß heute von offizieller völkerverbundlicher Seite Stellung gegen Äußerungen genommen wird, nach denen sich eine Annäherung zwischen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei vorbereite. Es wird erklärt, die Deutsche Volkspartei sehe diesen Bestrebungen fern und habe keine Veranlassung, von ihrem bisherigen Kurse abzuweichen. Tagesweise zu berücksichtigen, ob nicht die an der großen Koalition beteiligten bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie eine taktische Verbindung eingehen sollen, um zahlenmäßig der sozialdemokratischen Faktion gewachsen zu sein. Eine solche taktische Verbindung müßte aber nicht nur die Demokraten und die Deutsche Volkspartei, sondern auch das Zentrum umfassen.

zusammengeschlossen wurde. Mit Hilfe dieser ersten Arbeit der Kommission soll eine rechtsvergleichende Darstellung des Weltpresserechts herausgegeben werden unter dem Titel „Die Pressegesetzgebung des Erdballs“. Endzweck der Arbeit ist, die gesetzliche Gestaltung des Presse- und Journalistenrechts mehr als bisher der Stellung und der Bedeutung der Presse im öffentlichen Leben aller Staaten anzupassen. Darüber hinaus soll das Werk der Annäherung der Völker dienen und den Boden für innere Annäherung im Dienste internationaler geistiger Zusammenarbeit und Verständigung vorbereiten.

Peking.

Historische Reminiszzenzen.

Von Dr. Guido Hellmer.

Tschangtschun, der eiserne Marschall, „der Große“, wie er vornehmlich von seinen Getreuen und seiner Gefolgschaft, der vielgenannten Nordarmee, genannt wurde, ist totgefallen. Sein Wert, das er im vergangenen Jahre mit der Eroberung Peking's krönte, war bereits zusammengestrichen — dahin die Träume von selbstherrlichem Herrsichtum innerhalb der Mauern der alten Kaiserstadt; das bewaffnete Eingreifen Japans in China, dem er mit dem Ruf zu einem allgemeinen Nationalkrieg zu begegnen gedachte, hatte ihm den Rest gegeben — es blieb keine andere Möglichkeit mehr, als „friedliche Verständigung“ mit seinen Gegnern im Lande, mit der Ranking-Regierung und der mächtiger und mächtiger vorstoßenden Süd- und Volkarmee zu suchen; der Erfolg dieser Verständigung war für ihn die Aufgabe Peking's — auch mit den Waffen in der Hand hätte er die Stadt nicht mehr behaupten können. Tschangtschun hatte Peking bereits verlassen, er besand sich auf der Flucht nach Mukden, als das Bombenattentat auf ihn verübt wurde. Inzwischen hat bereits die Besetzung Peking's durch die siegreichen Heere des Südens begonnen. Zunächst sind die Truppen der Provinz Schansi in die Vorstädte eingezogen. Die Ranking-Regierung hat dem Gouverneur Jenhschan von Schansi den Oberbefehl über die künftige Peking's und auch Tientsin übertragen. General Jen hat bereits neue Verfügungen in den Vorstädten Peking's anshlagen lassen. In der Stadt selbst sorgt der noch von Tschangtschun eingeführte Wohlfahrtsausschuss für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Er ließ die Tore schließen, da sich noch zahlreiche Plünderer in der Umgebung herumtreiben. Von den Truppen des toten Marschalls, von den Heerscharen aus der Wandshurei, ist jedoch schon in und um Peking nichts mehr zu sehen. Nun suchen beträchtliche Teile der Nordarmee bereits Anshlag an den Sieger — die übliche Erscheinung eines jeden Bürgerkrieges — der Erfolg hat recht, dem Erfolg laufen die Soldaten nach. . . .

Somit ist endlich wieder Peking de facto die Hauptstadt des chinesischen Reiches: ein bedeutungsvolles geschichtliches Ereignis in der ereignisreichen Historie dieser alten, seltsamen, langverschlossenen Stadt!

Schon um das Jahr 1120 v. Chr. soll auf der Stelle des jetzigen Peking eine große Stadt entstanden haben, Ki mit Namen, die von 723 bis 221 v. Chr. die Hauptstadt des Hüstenums Jen war. Sie wurde in der Folgezeit, nach der Aufhebung der Lehnsstaaten, der Hauptstadt einer Provinz, um im sechsten nachchristlichen Jahrhundert wieder zum Rang einer königlichen Hauptstadt, und zwar des kleinen tartarischen Königreiches Wjowang, anzufolgen. Bis zum Jahre 900 war sie die Residenz eines militärischen Generalgouverneurs.

Dann begannen die Kriegerkämpfe und die kriegerischen Ereignisse sich um Peking zusammenzubängen. Schon im Jahre 937 hatten sich die Khitan-Tungusen unabhängig von der chinesischen Herrschaft und das nachmalige Peking zu ihrer südlichen Hauptstadt gemacht. Die Chinesen wurden in der Folgezeit gezwungen, ihnen Tribut zu zahlen. 1122 wurde ihr Reich mit Hilfe der Schusschi-Tungusen gestürzt, aber nun begründeten diese eine eigene Dynastie und begannen über den Hoang-ho vorzudringen. Im Jahre 1153 eroberte diese Kin-Dynastie Peking und machte sie zur mittleren, später nördlichen Hauptstadt ihres Reiches. Jetzt suchte der Chinesen-täufer Hsi bei den Mongolen, die damals unter Tschingis-Chan sich zu Herren der halben bekannten Welt machten. Tschingis-Chan nahm das Bündnis an und besetzte die Schusschi. Aber damit machte er nicht halt. Sofort lehrte er die Waffen gegen China selbst; im Jahre 1215 vermochte er Peking zu erobern. Man spricht von schaurigen Verheeren, die damals stattgefunden haben sollen. Die eigentliche Residenz der Mongolen-täufer wurde Karakorum, der Enkel Tschingis-Chan, der berühmte Kublai-Chan, unterwarf sich ganz China; er verlegte im Jahre 1267 die Residenz nach dem heutigen Peking, das damals den Namen Ta-tu — große Hauptstadt — empfing. Er ist der Begründer der Yuan-Dynastie, mit der eine vorübergehende Blütezeit über China heraufzog. Kublai